
FDP Maintal

LANDESREGIERUNG TRÄGT MITSCHULD AN STAUS AUF L3008 UND L3209

20.05.2018

JÖRG-UWE HAHN UND THOMAS SCHÄFER SEHEN VERSÄUMNISSE BEIM STRASSENBAU

„Dass es zu täglichen Staus auf der L3008 zwischen Niederhofen und Bad Vilbel sowie auf der L3209 von Maintal-Bischofsheim nach Frankfurt kommt liegt auch in der Verantwortung des Verkehrsministers.“ nimmt der FDP-Landtagsabgeordnete Jörg-Uwe Hahn aus Bad Vilbel die Beantwortung einer kleinen Anfrage im Landtag zum Anlass, um zu verdeutlichen, dass in den letzten fünf Jahren keine positiven Initiativen für die Pendler aus den Main-Kinzig-Kreis und der Wetterau durch die Landesregierung ergriffen wurden. „Nur festzustellen, dass der Verkehr im Osten des Rhein-Main-Gebietes stärker als im Durchschnitt gestiegen ist, ist zu dünn als Erkenntnis.“ ergänzt der FDP-Fraktionsvorsitzende und Landtagskandidat Thomas Schäfer aus Maintal nach Durchsicht der Antwort des Ministeriums.

„Das Rhein-Main-Gebiet ist seit langem Zuzugsgebiet und es werden immer mehr Wohngebiete erschlossen.“ erinnert Jörg-Uwe Hahn daran, dass seit Jahren mehr Menschen in die Gemeinden östlich von Frankfurt ziehen. Statt den Straßenbau zu forcieren habe Verkehrsminister Al-Wazir alles dafür getan, den Straßenbau und insbesondere den Bau des Riederwaldtunnels auszubremsen. „Das die Staus auch weiterhin zur täglichen Belastung der Pendler und Anwohner beitragen werden, hat der Verkehrsminister billigend in Kauf genommen.“ so der FDP-Abgeordnete. Er fordert, dass Al-Wazir jetzt wenigstens die Stadt Bad Vilbel dabei unterstützt, die Folgen dieses Nichthandelns zu bewältigen.

„Wir müssen schnell dafür sorgen, dass die Verkehrsanbindung östlich von Frankfurt

besser wird.“ sieht Thomas Schäfer eine Priorität für die kommende Legislaturperiode. Dies gelte sowohl für den Ausbau der A66 durch den Riederwaldtunnel und der Nordmainschen S-Bahn wie für die Verbesserung der Verkehrsführung auf den Landesstraßen und der B521. „Wir möchten, dass die Menschen im Main-Kinzig-Kreis und in der Wetterau durch ihren Wohnort nicht benachteiligt werden.“ erinnert der FDP-Fraktionsvorsitzende daran, dass alle staatlichen Ebenen eng zusammenarbeiten müssten, um die Verkehrsentwicklung bewältigen zu können. Da dürfe das Land künftig nicht mehr ausfallen.